

LICHTBLICK

MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG AUSGABE 4-2007

Nur 10 Cent



Alles vergessen - oder was?

Am 16.6.2007 fand der Fusionsprozess der Linkspartei PDS und der WASG mit der Gründung der neuen Partei 'Die Linke' seinen Abschluss. Die Chance, eine gesamtdeutsche sozialistische Partei zu gründen, wurde allerdings vertan. Was ist die neue Linke? Ihre momentane Stärke bezieht die Partei daraus, dass es darauf keine klare Antwort gibt. Antikapitalistische Motive werden eben so bedient, wie realpolitische Ambitionen.

Vergessen scheint, dass führende Köpfe der Linkspartei PDS 1989/90 aktiv dabei waren, als der Sozialismus in der DDR wegputzt wurde. In der Folgezeit ging es denen um ihr Ankommen in der BRD. Die sozialistische Orientierung der PDS wurde dabei bis zur Unkenntlichkeit 'erneuert' ... Dabei spielte die Marginalisierung der Kräfte eine wesentliche Rolle, die - nach Gysi - „zu dogmatisch-ideologischen Denk- und Verhaltensstrukturen zurückkehren wollen.“ Gemeint ist die Neutralisierung aller, die ihre marxistisch-leninistischen Ein-

stellung in die PDS einbringen wollen. Nur aus diesem Grunde werden sie heute noch in 'der Linken' geduldet.

Lafontaine trifft mit seinen Worten die Hoffnungen vieler Menschen. Das kommt an. Anders als zuvor die PDS-Führung, bezog er antikapitalistische Positionen und warf Grundsatzzfragen auf. Aber es fehlen überzeugende Antworten. Seine Worte zum 'Sozialstaat' und zu Brandt als 'Leitfigur der Arbeiterbewegung' lassen auch an Lafontaine zweifeln. Dass er vieles vergessen hat, kann man ihm nicht annehmen, weil er sich nicht für die Abschaffung, sondern für die soziale Ausrichtung des Kapitalismus einsetzt. Für die in der BRD herrschenden monopolistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse ist das keine wirklich ernst zu nehmendes Problem. Sie erfüllt die Funktion einer reformistischen Partei und tritt damit an die Stelle, die die SPD schon in den 50-er Jahren hatte.

Nicht weniger aufschlussreich: Bei all dem

wird 'vergessen', dass es in der BRD eine DKP mit aussagekräftigem Programm gibt. Die DKP hat nicht vergessen. Wir werden jeden ernst zu nehmenden Versuch der Partei 'Die Linke' unterstützen, der sich gegen die fortschreitende Demontage der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und der demokratischen Rechte der BRD wendet. Aber unsere Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart reichen weit darüber hinaus. Ohne eine grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse, ohne unmittelbare Beteiligung der Arbeitenden und der von Arbeitslosigkeit und anderen Folgen des Kapitals Betroffenen an der politischen Entscheidungsfindung sind weder soziale Gerechtigkeit noch demokratische Verhältnisse zu haben. Uns geht es um eine Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Das steht so im 'Kommunistischen Manifest' und in unserem Programm.

H.Sp.

Klassenkampf nicht nur bei der Bahn

Man müsste schon mit Blindheit geschlagen sein, wollte man übersehen, dass die Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Bahn härtester Klassenkampf ist, denn kein Tarifvertrag vermag die tiefe Kluft zwischen Lohnarbeit und Kapital zu überbrücken geschweige denn zu überwinden. Schon lange geht es nicht mehr nur um die Lokführer oder das Fahrpersonal allein. Hier handelt es sich einzig um die Spitze des Eisberges. Nein - es geht um die Frage: Wird die Streikfront der GDL zum Sargnagel aller Arbeitsgemeinschaftspolitik der Spitzen der DGB-Gewerkschaften oder gelingt es dem deutschen Großkapital, ein Zeichen zu setzen im Hinblick auf das Niederwalzen jeglichen Widerstandes gegen den von der Bundesregierung organisierten Sozialraub? Die streikbereiten Kollegen der GDL, eine Gewerkschaft, die gerade im Osten besonders stark organisiert ist, befinden sich im Abwehrkampf gegen die militanten Angriffe des deutschen Kapitals. Warum sie so vorge-



hen, wie sie vorgehen, leiten sie aus dem Niedergang der Gewerkschaftsbewegung ab. Etwa 20 Prozent gewerkschaftlicher Organisationsgrad in der Bundesrepublik lassen ihrer Auffassung nach wenig Hoffnung aufkommen, dass die nach dem Verbandsprinzip aufgebauten Gewerkschaften (die DGB-Gewerkschaften) die Interessen der Lohnabhängigen (selbst wenn sie es wollten) noch wirksam vertreten können. Man mag (und muss) darüber streiten,

ob dieses Herangehen unterstützt werden kann. Nicht streiten kann man u. E. aber darüber, dass die Linken gegenüber der GDL - den streikenden Kolleginnen und Kollegen - vorbehaltlos Solidarität erweisen müssen.

Der Klassengegner - hier der Bahnkonzern - geht äußerst rabiat vor (bisher 2 fristlose Entlassungen, 200 Abmahnungen, etliche Suspendierungen, Hausverbote, die an Aussperrungen erinnern, Verbote der Öffentlichkeitsarbeit usw.). Mehr als zehn Millionen Euro für einen Streiktag lassen sich die deutschen

Kapitalisten ihre Klassensolidarität kosten - Merkel unterstützt sie, Tiefensee unterstützt sie, Beck unterstützt sie, Sommer unterstützt sie, Bsirske unterstützt sie, Hansen unterstützt sie, Hommel unterstützt sie (die Liste kann fortgesetzt werden). Denn man hat sich geeinigt: Mehr als 4,5 Prozent Lohnsteigerung wird für die Profitrate als unverträglich angesehen. Außerdem - wo kämen die Herrschenden hin,

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1:

wenn zugelassen wird, dass sich die GDL, deren Mitglieder nunmehr auch die Lösung des Kampfes gegen den Börsengang und gegen den Demokratieabbau aufgegriffen haben, nach all den Jahren des Verzichts noch stärker zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Übergriffe des Kapitals entwickeln würde. Gerade weil das so ist, schwindet bislang die Unterstützung der Reisenden (unter denen sich auch sehr viele Lohnarbeiter befinden, die viel auf sich nehmen), nicht. Die Bahn ist die Scheidelinie. Ob und wie sie an die Börse geht entscheidet maßgeblich darüber, wie selbstbewusst das deutsche Kapital künftig agieren wird. Und je weniger „sozialpolitischer Spielraum“ vorhanden ist, desto unwahrscheinlicher wird der Erfolg des nun gewerkschaftlichen Kampfes.

Alle Mittel - einschließlich der Klassenjustiz - werden eingesetzt, um die aufstandsgleichen Auswirkungen eines Eisenbahnerstreiks (30 Stunden haben es erneut bewiesen) auf den Profit und das Denken und Handeln der Klasse der Lohnabhängigen einzudämmen, wenn nicht gar zu unterdrücken. Denn streikt auch der Fern- und Güterverkehr, dann ist das deutsche Kapital in einer ziemlich ausweglosen Lage. Wie ernst ist das Gerede auf dem SPD-Parteitag gegen die Bahnprivatisierung zu nehmen, wenn die Sozialpartnerschaft der TRANSNET / GDBA weiter unterstützt wird? Hansen hat inzwischen feste Vorstellungen, wie er und seinesgleichen an der Auswahl der Kapitalgroßinvestoren im Aufsichtsrat des Bahnkonzerns mitwirken. Die Kraft der Streikenden kann erlahmen. Sie brauchen Unterstützung. Die DGB-Gewerkschaften sind aufgefordert, gemeinsam vom Mittel des Streiks gegen die Erdrosselung des Streikrechts und das Plattmachen von Widerstand Gebrauch zu machen. Bislang distanzieren sie sich vornehm. Aber sie sollten nicht vergessen, dass ihr Mitgliederschwund im gleichen Verhältnis zur Absage an eine klassenkämpferische Politik steht. Und dieser Vertrauensschwund, der dem Nachgeben in der sozialen Frage geschuldet ist, half in Deutschland schon einmal dem unumschränkten Terror des Monopolkapitals auf die Sprünge.

H.M.

Aus unserem Parteileben:

Vom ersten Treffen des „Freundeskreises der DKP“

Am 6. Oktober 2007 - einen Tag später wäre der 58. Jahrestag der DDR gewesen - traf sich im Karl-Liebknecht-Haus erstmalig eine Gruppe von Kommunisten, die in der DKP, in der PDS aber auch als Parteilose an unserer Partei interessiert sind. In der Diskussion ging es um Probleme der Gegenwart, um die Politik der DKP und um das Anliegen dieser neuen Gesprächsrunde. Besonderes Interesse fanden die Worte von Christian Koberg, der als Mitglied des Parteivorstandes der DKP am Gewerkschaftstag von VERDI teilgenommen hatte.

Für viele waren die mit revolutionären Phrasen eingeleitete konterrevolutionäre „Wende“ in der DDR und die Zerschlagung der Sowjetunion nicht nur mit bitteren Enttäuschungen und Verzweiflung, sondern oft auch mit einem tief greifenden Orientierungsverlust verbunden. Zwar hat sich das Gerede von den „blühenden Landschaften“ mittlerweile ebenso erledigt wie die mit der „Einheit“ verbundenen Erwartungen: Massenarbeitslosigkeit, Armut, Bildungsnotstand, wachsende Kriminalität und die Perspektiv- und Chancenlosigkeit treiben immer mehr Menschen an den Rand dieser Gesellschaft.

Angesichts dieser Sorgen wird vielen nicht bewusst, dass und wie die BRD nach dem Verbrechen des Krieges gegen Jugoslawien, mit Rüstungsexporten und immer mehr Kampfeinsätzen der Bundeswehr aktiv an den aggressiven Abenteuern der USA, und der NATO beteiligt ist. In der Demontage bürgerlich-demokratischer Freiheiten, im sozialen und zivilisatorischen Rückschritt, im zunehmend schamlosen Lohnraub und in der regierungsoffiziell beschleunigten Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums an Milliardäre und Millionäre wird die uneingeschränkte Macht des Kapitals spürbar.

Diese Entwicklung wird durch das im immer offenere Auftreten von Neonazis und in ihrer offenen und verdeckten Unterstützung durch

Richter, Polizeibeamte und andere Vertreter des Staatsapparates flankiert. Wieder wird bei Opfern dieser Entwicklung die Illusion gefördert, Ursachen ihrer Probleme seien Asylsuchende, Ausländer, Anderslebende und -denkende. Erneut bedienen sich Nazis der Kritik am Kapitalismus, der sozialen und der nationalen Demagogie, um die Opfer dieser Politik für eine „Volksgemeinschaft“ mit den Wirtschaftsführern der Monopole kirre zu machen. Darum werden ihre Treffen, wird der Kauf von Immobilien, werden die vor den Schulen zu zehntausenden verteilten Nazizeitungen und CD-Rom von den reaktionärsten Vertretern des Finanzkapitals finanziert. Deshalb kann der Kampf gegen den Faschismus nicht nur auf ein Frühstück gegen Nazis beschränkt werden.

Wir wissen, welche Hoffnungen viele mit der neuen Partei „Die Linke“ verbinden. Was wir davon halten ist im Leitartikel nachlesbar. Auch deshalb ist das Anliegen unsere Partei durchaus nicht nur auf die auch und gerade jetzt wieder sehr ernst zu nehmenden Erfahrungen der Arbeiterklasse zu beschränken. Uns geht es um eine politische Alternative zu den verhängnisvollen Perspektiven, die sich in der Entwicklung der BRD, in Europa und in den USA immer deutlicher abzeichnen.

Wir wollen mit allen ins Gespräch kommen, die mit der derzeitigen Entwicklung unzufrieden sind und nach Auswegen suchen. In diesem Sinne verstehen wir uns als eine politische Kraft, die im Widerstand gegen soziale Demontage und den Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte aktiv wird. Wir wollen als Keimzelle einer Politik wirksam werden, die gemeinsam mit allen daran Interessierten eine weit über die heutigen Verhältnisse hinaus reichende Orientierung der gesellschaftlichen Entwicklung erarbeitet, propagiert und umsetzt. Mit diesem Anliegen laden wir alle in die nächste Gesprächsrunde des Freundeskreises der DKP ein, die bislang noch keinen Anschluss gefunden haben.

K.H.

Ehrendes Gedenken für Julius Motteler

Am 29.9.2007, dem 100. Todestag ehrten mit einer Kranzniederlegung am Grab des „Roten Feldpostmeisters“ die DKP Leipzig und die DKP Esslingen den Arbeiterführer und Revolutionär Julius Motteler. Sie würdigten seine Verdienste bei der Gründung und Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In seinem politischen Handeln ließ sich Motteler von den programmatischen Forderungen der I. Internationale leiten, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiter selbst sein kann, dass das Endziel des proletarischen Klas-

senkampfes in der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu sehen ist. Herausragend sein erfolgreich geführter Kampf gegen Bismarcks Sozialistengesetz, einem Ausnahmegesetz zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Wir würdigten einen Arbeiterführer, auf dessen Gedenkstein die auch heute für uns verpflichtenden Worte stehen: „In rastloser Arbeit verzehrte sein Leben der Kampf für die Arbeiterklasse.“

Nachruf

Die DKP Leipzig übermittelte der DKP Esslingen ihr aufrichtiges Beileid zum Ableben ihres langjährigen Vorsitzenden

Friedrich Pospiech

Der Autor der Biographie über den „Roten Feldpostmeister“ und Initiator der „Esslinger Gespräche“ war durch das Leben und Wirken des in Esslingen geborenen Julius Motteler mit Leipzig und unserer Parteiorganisation verbunden.

K.H.R.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution

90 Jahre danach

In der Geschichte der Menschheit gab es immer wieder Ereignisse, die alles über den Haufen warfen. Danach wurde vieles anders, neue Machthaber hatten das Sagen und manches änderte sich wirklich: So war das nach Renaissance und Reformation, der bürgerlichen Revolutionen in England, dem Unabhängigkeitskrieg der USA und der Großen Französischen Revolution. Aber von den Ideen der Menschenrechte hatten nur wenige was. Wer auf den Barrikaden gekämpft hatte - gingen leer aus. Robespierre brachte das auf den Punkt, als er vom „ungeheuren Missverhältnis der Vermögen“ sprach. Ein Ausweg? - In der Erklärung vom 26.8.1789 waren „Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung, natürliche und unverlierbare Menschenrechte“.

Doch: Welche Freiheit, welche Gleichheit, welche Brüderlichkeit gibt es für Eigentümer, welche für Besitzlose? Was blieb von den hochfliegenden Hoffnungen der Revolutionsjahre? Aus dem Elend derer, die in Schächten, auf Äckern, in Fabriken und Werkstätten unter erbärmlichsten Umständen in nicht enden wollenden Arbeitstagen schufteten, aus der Versklavung von Millionen, aus Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien zog die Bourgeoisie die Profite, die den Bau der modernen Maschinerie ermöglichte. Aber die größten Gewinne wurden und werden mit dem erbärmlichsten Geschäft gemacht: Der Krieg, der Moloch, der Menschen und Material frisst, der nichts als Zerstörung hinterlässt, die Produktion von Waffen, Munition, Uniformen, Panzern, Kampfflugzeugen, Maschinengewehren, Giftgas, Bomben ... das war, das ist die Quelle von Maximalprofit.

Mit der sich organisierenden Arbeiterbewegung entstand die Kraft, die diesem mörderischen Kreislauf Widerstand entgegensetzte. Schon die Pariser Kommune bewies: Es geht auch - es geht besser ohne die, die den von allen erarbeiteten Reichtum nur zum eigenen Vorteil nutzen. Aber was damals geschah, wie die Bourgeoisie den Angriff auf Paris führte und die Anhänger der Kommune meuchelte - alles das soll vergessen werden. Nach mehrfachem Scheitern kam es 1917 in Russland zu einem neuen Anfang: An den Fronten des ersten Weltkrieges verbeizt, in Dörfern und Städten Russlands hungerte die Mehrheit der Völker Russlands weder willens noch in der Lage, das Ausmaß der Ausbeutung und die Fortsetzung des Krieges länger zu ertragen. Um die Ergebnisse

der Februarrevolution betrogen - in der Bevölkerung reifte die Überzeugung: Die Bolschewiki boten mit ihrem Programm des Friedens, der Enteignung der Großgrundbesitzer und der Fabrikherren eine Alternative.

Hier wurde nicht nur über Menschenrechte geschwätzt, jetzt ging es zur Sache: Mit der „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ wurde die Staatsmacht den Sowjets übertragen.

Die „Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“

Aufgabe der von Arbeitern, Bauern und Soldaten ausgeübten Macht war die Überwindung von Ausbeutung und Klassen, die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Erste Schritte waren:

- Das Privateigentum am Grund und Boden wird aufgehoben. Grund und Boden alle Bauten, Inventar und alles Zubehör der landwirtschaftlichen Produktion wird Eigentum des werktätigen Volkes.
- Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen sonstige Produktions- und Verkehrsmittel und die Banken werden Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates.
- Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
- Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und völlige Entwaffnung der besitzenden Klasse.

revolution erwürgt. Sowjetrußland blieb bei der Überwindung der Folgen von Krieg, Interventions- und Bürgerkriegen und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf sich allein gestellt.

„Nicht Russlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgabe hat der Verlauf des Krieges und der russischen Revolution erwiesen...“
Rosa Luxemburg

Im Antikommunismus und im Wissen um diesen historischen Verrat reifte der Unrat des Faschismus. Die Nazis hatten Geldgeber und politische Unterstützung, weil es von Anbeginn um die Vorbereitung eines neuen Krieges ging: Erze und Erdöl Russlands, Getreide aus Polen und der Ukraine, Gewinne, die mit dem Krieg zu machen waren - das war das eigentliche Ziel. In wenigen Kriegswochen fielen die Staaten des europäischen Kontinents der Wehrmacht und ihrer Blitzkriegsstrategie zum Opfer. Erst an der Sowjetunion, an all dem, was unter Anstrengung aller Kräfte in innerparteilichen Auseinandersetzungen und unter unvorstellbaren Opfern in den Jahren der Industrialisierung, bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Überwindung des Analphabetismus, beim Aufbau des Gesundheitswesens und der Roten Armee geschaffen wurde scheiterte dieses Verbrechen: Trotz furchtbarer Verluste und schrecklicher Fehler - Stalingrad, der Kursker Bogen, die Befreiung Osteuropas und die Schlacht um Berlin waren die entscheidenden Etappen bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Die westlichen Alliierten griffen erst ein, als Gefahr im Verzuge war: Sie würden zu spät kommen. Ihre Sorge war das Ansehen, das die Sowjetunion nach dem Siege über den Hitlerfaschismus errungen hatte. So wurden die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki zum Auftakt der Nachkriegsgeschichte. Es gibt keine Familie in der Sowjetunion, die keine Opfer zu beklagen hat. Aber für Trauer blieb keine Zeit, für die im Kriege Verwundeten und Verkrüppelten fehlten so gut wie alle Mittel. Der Wiederaufbau blieb im Schatten der Anstrengungen, die nun unternommen werden mussten, um die Kriegspläne des Pentagon mit eigenen Atomwaffen zu verhindern. Wieder wurde auf Notwendigstes verzichtet, mussten

Fortsetzung Seite 4



Die Arbeiter haben die Macht erobert
Plakat von M.W. Matorina 1920

Aber die Hoffnung, dass diese Revolution auf Westeuropa übergreift, scheiterte. Führer der Sozialdemokratie würgten die deutsche Revolution ab. Die ungarische und die bayrische Räterepublik wurden im Blutbad der Konter-

Fortsetzung von Seite 3:

alle Kräfte mobilisiert werden, um ein noch größeres Drama zu vereiteln. Niemand sollte vergessen, dass dem die Jahrzehnte des Friedens nach 1945 geschuldet waren...

Aber die über Jahrzehnte andauernde äußerste Anstrengung aller Kräfte, die unverhältnismäßig hohen Ausgaben für die Streitkräfte und der immer noch andauernde Verzicht hinterließen Spuren. Mit den wissenschaftlich-technischen Revolutionen wurden neue Herausforderungen ausgelöst, die mit alten Vorstellungen nicht mehr zu meistern waren. Was vielleicht noch für Militär und Raumfahrt bereit gestellt werden konnte reichte nicht aus, um diese Entwicklung in allen anderen Bereichen der Volkswirtschaft sicherzustellen. Dem allen war die überalterte, in Machtkämpfe und Intrigen verstrickte politische Führung nicht mehr gewachsen. Dazu kam: Karrieristen kamen an die Macht, denen ihre Privilegien wichtiger waren, als das, was öffentlich geredet wurde. In einer durch die Erfahrungen der Vergangenheit an blinde Disziplin gewöhnten Gesellschaft stieß die in dieser Führung um sich greifende Stimmung zwischen Kapitulation und Verrat kaum noch auf Widerstand.

Das Scheitern der Sowjetunion war und ist ein Drama, dessen Folgen mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, mit Tschetschenien, Afghanistan und dem Irak nicht ausgestanden sind. Tief sitzt die Enttäuschung und Verzweiflung vieler Menschen, die sich der Sache des Kommunismus verschrieben hatten. Bei all dem kann und darf nicht vergessen werden: Kriege werden von denen inszeniert, die daran verdienen. Die dafür ihr Leben hergeben sollen können sie vereiteln. Der Kampf für den Frieden hat nur dann dauerhafte Chancen, wenn den daran Verdienenden die Mittel der Kriegsführung, die politische Macht, die Armeen, das Eigentum an Grund und Boden, an der Schlüsselindustrie und an der Rüstungsindustrie aus den Händen genommen werden. In dem Maße, wie diese Einsicht die Massen ergreift, wird sich zeigen: Die derzeit herrschenden Verhältnisse sind nicht das letzte Wort der Geschichte. Es lohnt sich zu erinnern, was 1989 gefordert wurde: Da ging es um politische Verhältnisse, die der Bürger durchschauen, kontrollieren und verändern kann, um wirtschaftliche, die unsere Arbeit von erstarren und leistungshemmenden Strukturen befreien, um ökologische, die unserer Verantwortung für die Natur gerecht werden, um soziale, die erreichte soziale Sicherheit bewahren, entstandene Privilegien und Ungerechtigkeiten abbauen und die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf neue Grundlagen stellen. Da wurde ein Rechtssystem gefordert, das mehr Rechtssicherheit bietet, in dem der Staat die Menschenrechte nicht gewährt, sondern respektiert. Aber all das schloss mit den Worten: „Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann...“

K.H.

Guck mal über'n Tellerrand ...

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen konnte man sich am 26.-30. September 2007 auf dem Burgplatz in einer Ausstellung über die Ziele der EU informieren. Auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahre 2000 von den Regierungschefs aus 189 Nationen beschlossen wurden:

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
2. Grundschulbildung für alle
3. Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
6. Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen schweren Krankheiten
7. Ökologische Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer globalen Partnerschaft der Entwicklung.

Das alles soll bis zum Jahre 2015 umgesetzt werden.

Eine Reihe von Organisationen bildeten ein Aktionsbündnis, um besagte Ziele in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und für ihre entschlossene Umsetzung zu werben. Als Ergänzung wurden Informations- und Diskussionsabende im Haus ohne Barrieren angeboten.

Am Verkaufsstand des Weltladens - Eine Welt e.V. konnte man fair gehandelte Produkte kaufen und fair gehandelten Kaffee aus der Leipziger Partnerstadt Addis Abeba (Äthiopien) kosten. StudentInnen des p.b.i., Initiatoren des Theaters der Unterdrückten - Interaktives Theater zum mitmachen führten zum Thema „Gleichstellung der Geschlechter“ ein Stück auf. Es stieß auf positive Resonanz und lockerte trotz Regenwetter die Stimmung auf, um nur einige Aktionen zu erwähnen. Veranstalter waren „Eine Welt e.V. Leipzig“, „Bildungswerk ‚Weiterdenken‘ in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.“ und die „Stadt Leipzig Referat Ausländerbeauftragter“.

Oberbürgermeister Burkhard Jung ließ es sich nicht nehmen, die Eröffnungsrede zu halten. War doch eine gute Gelegenheit, sich in seiner in den letzten Jahren skandal- und krisengeschüttelten SPD ins rechte Licht zu setzen,

nachdem sich andere SPD-Politiker zu ‚höheren Aufgaben‘ berufen fühlten.

Ein Schelm, der denkt, nun sind die Weichen gestellt um mehr Gerechtigkeit in dieser Welt zu schaffen? Nur an konkreten Taten werden sich jene guten Vorsätze der EU messen lassen, wo in dieser einen - unserer Welt nach wie vor das große Nord-Süd-Gefälle die Realität ist. Das heißt, dass die reichen Länder des Nordens den armen, unterdrückten Ländern im Süden vorschreiben, was sie zu tun haben.

Einige Beispiele sind die erdrückende Schuldenlast, das nach wie vor ausstehende Verbot von Subventionen in der Landwirtschaft, und die Ausbeutung der Bodenschätze durch ausländische Konzerne. Im Zentrum des Interesses stehen wirtschaftliche Beziehungen, die den Großkonzernen Maximalprofite garantieren. Diktatorische Regime, die zu den ‚willigen Freunden‘ von Busch & Co. gehören, werden mit Waffen versorgt. Der Waffenhandel wirft gewaltige Gewinne ab - auch Deutschland war seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so aktiv in so viele Kriege verwickelt. Die Einhaltung der Menschenrechte spielt da nur noch eine untergeordnete Rolle.

Konzerne wie Coca-Cola und Chiquita sind maßgeblich an der Finanzierung von Paramilitärs beteiligt, die Gewerkschafter, Bauern und friedlich lebende Menschen nur deshalb ermorden, um Angst zu verbreiten. In vielen Familien kann das Überleben nur durch Kinderarbeit gesichert werden. Regenwälder werden rückwärts abgeholzt, um auf dem erschlossenen Land Soja anzubauen, das den US-amerikanischen und europäischen Bauern Massentierhaltung und den Nahrungsmittelkonzernen Riesenprofite garantiert.

Abschließend noch ein Blick nach Deutschland, einem der reichsten Industriestaaten, wo ArbeiterInnen im Niedriglohnbereich Sozialleistungen beantragen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, wo Millionen von Arbeitslosen unter die Hartz IV-Gesetzgebung fallen, wo Kinder aus Geldmangel ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule gehen und oft nicht einmal eine warme Mahlzeit zur Verfügung steht, wo Gesundheit, Bildung und Ausbildung sich immer ‚kostenintensiver‘ gestalten...

	Aufteilung der Einnahmen: Ein Deutscher Euro aus der Produktion einer Bildungsarbeit der Dritten Welt	Menge in US \$	Prozentzahl des Verkaufspreises
1.	Einnahmen des Gürtelwandlers	8,00	2,7
1.1	Löhne	5,00	1,7
1.2	Nettogewinn	3,00	1,0
2.	Einnahmen des Industrielandes	285,00	97,3
2.1	Aus Industrielandern importiertes Material, Zubehör und Ausrüstungen	70,00	10,2
2.2	Fracht und Kommissionen	5,00	1,4
2.3	Zölle auf FOB-Preise	5,00	1,4
2.4	Löhne im Groß- und Einzelhandel	10,00	3,1
2.5	Umsatzgewinn, Miete und andere Einkommen von Vertriebsunternehmern	210,00	71,8
2.6	Verkaufsteuern (ohne % des Einzelhandelspreises)	26,00	9,3
3.	Gesamteinkommen des Endverbraucher	292,00	100,0

Verteilung von Einnahmen aus der Fertigung in der ‚Dritten Welt‘. M. Chossudovsky: ‚Global brutal - Der entsetzte Welthandel, die Armut der Krieg‘, Frankfurt a.M.

Das Zeitalter der Skandale I: Der Markt soll's richten!

Die ‚normalen‘ Politikkonsumenten werden offiziell - sprich: von den Medien - schlecht behandelt. Trotz Weltfinanzkrise siegt sich die BRD-Wirtschaft zu neuen Höhen. Die Industrie boomt. Allen Arbeitslosen zum Hohn - es fehlen sogar Arbeitskräfte. Der Normalverbraucher kommt schon seit Längerem nicht umhin, festzustellen, dass für immer höhere Abgaben an der Kasse immer weniger in seinem Einkaufswagen liegt. Die Lebenshaltungskosten haben sich nicht - wie offiziell verlautet - nur um 2 Prozent erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr wird vom Statistischen Bundesamt für August 2007 ausgewiesen:

Butter	+ 36,6 %
Obst	+ 6,8 %
Zwiebeln	+ 22,9 %
Strom	+ 6 bis + 9 %
Weizenmehl	+ 13,7 %
Geflügel	+ 12,3 %

Schienerverkehr	+ 5,7 %
Vollmilch	+ 11,5 %
Brötchen	+ 5,2%
Wirsingkohl	+ 8,5 %
Medikamente	+ 4,3 %
Bimem	+ 7,6 %

Das Epizentrum der anschwellenden Preis-Tsunamis sind die Energiekonzerne und ihr grenzenloser Appetit auf Profit. Allein den Preis für Haushaltsstrom haben sie seit 2000 um 48 Prozent hochgeschraubt. Mit ihrer Preispolitik terrorisieren die Energieriesen die Endverbraucher gleich doppelt: direkt über die Zapfsäule, den Gas- und Stromzähler, indirekt über Bäcker, Bierbrauer und das ganze produzierende Gewerbe, das seine (Energie) Preiserhöhungen an den Konsumenten ‚durchreicht‘.

Im kommenden Jahr rechnen nicht nur die Bäcker mit weiteren Preissteigerungen. Kein Wunder: Leipzig ist die Armutshauptstadt

Sachsens. Zum Überleben sind allein in Sachsen 50.000 auf ‚die Tafel‘ angewiesen. Einmal ‚auf den Geschmack gekommen‘ kündigten Eon und RWE einen Preisschub von weiteren 10 % an. Die dafür vorgeschobenen ‚Gründe‘ sind genau so wenig ernst zu nehmen, wie die offizielle politische Reaktion und die Aufforderung, einen billigeren Anbieter zu suchen.

Nach der LVZ vom 25.10. soll der Markt wieder mal alles richten. Aber schon vor Marx war bekannt, dass das Kapital mit steigendem Profit immer mutiger, krimineller und verbrecherischer wird. Dass dem so ist, lässt sich immer öfter beobachten. Was da zu tun ist, ist nicht bei Zeus zu erfahren. Die Betroffenen sollten mal ins Programm der DKP schauen und daraus ihre Schlüsse ziehen. Apropos: Bei allen guten Wünschen zum bevorstehenden Weihnachtsfest bitte nicht vergessen: Auch die Weihnachtsbäume werden teurer... *H.Sp.*

Das Zeitalter der Skandale II: Eine Republik der Richter?

Beispiel 1: Im Sächsischen Landtag ist ‚dicke Luft‘: Die Regierung verweigert die Herausgabe von Akten des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft. Und die Fraktionen des hohen Hauses können sich - in Abhängigkeit von ihrer Haltung zu dieser Regierung - nicht einigen, wie es weiter gehen soll. Jetzt sollen Richter richten, ob das Parlament das Recht hat, diese Akten einzusehen.

Beispiel 2: In sächsischen Amtsstuben gibt es die merkwürdigsten Vorfälle. Verwickelt sind Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, Richter, Polizisten und andere Beamte. Staatsanwälte und Richter bescheinigen ihren Kollegen, dass die völlig korrekt gearbeitet hätten und verstehen eine kritische parlamentarische oder gar öffentliche Überprüfung dieser Aussage als Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz. Alles andere seien Missverständnisse, die sie bei

einer von ihnen selbst durchgeführten Kontrolle geklärt hätten.

Beispiel 3: Im ‚Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte‘ vom 19.12.1966, dem die BRD im Zusammenhang mit ihrer Aufnahme in die UNO beigetreten ist (BGBl. 1973 II 1569), haben sich die vertragschließenden Seiten u.a. auch (Artikel 8 1d) dazu verpflichtet, das Streikrecht zu gewährleisten. Chemnitzer Richter haben jetzt auf Antrag der DB entschieden, dass nur der Personennahverkehr bestreikt werden darf. Dort laufen die regelmäßigen Einnahmen über Monatskarten. Wenn da gestreikt wird, trifft das die Berufspendler aber nicht die Einnahmen der DB. Im Güterverkehr und im Fernverkehr darf nicht gestreikt werden - dort geht es an das eigentliche Geschäft.

Beispiel 4: Stadträte von Leipzig und aus anderen Städten haben in den vergangenen Jahren

die Durchführung von Nazi-Aufmärschen wiederholt schon deswegen untersagt, weil die davon ausgehende Gefährdung der Bürger und ihres Eigentums und die Kosten des Polizeieinsatzes in keiner Weise zu verantworten sind. Mit der Berufung auf das Versammlungsrecht wurde und werden alle diese Argumente von Richtern zur Seite gefegt.

Da wird gewählt. Solcherart gewählten Organe nehmen ihre Verantwortung wahr - pardon: wollen diese wahr nehmen. Und dann treten Richter auf und verweigern mit der Berufung auf ihre Unabhängigkeit diesen ‚hohen Häusern‘ das Recht, die Entscheidungen zu treffen, die sie im Ergebnis ihrer Beratung getroffen haben... Welchen Einfluss haben die Wähler? Was können die von ihnen Gewählten angesichts von Fraktionszwang und richterlicher Bevormundung bewirken?? Wozu wird eigentlich gewählt? *Ju.rist.kus*

Das Zeitalter der Skandale III:

Die Musen, die Museen und die Leipziger

Wer mit offenen Augen durch die Innenstädte geht kommt nicht umhin, den Bauleuten zu bescheinigen, dass die ihr Handwerk verstehen. Es gibt Ausnahmen. Beim Anblick der Milchtöpfe auf dem Leipziger Augustus-Platz wird immer wieder von Auswärtigen gefragt, warum hier so viele öffentliche Toiletten gebraucht werden. Bau und Inhalt des Grassi-Museums bestätigen Geschmack und den Kunstverstand der Leipziger Bürger. Das trifft auch die Sammlung des Museums der bildenden Künste. Der Bau - da hängen nicht nur Pfeifen in riesengroßen kalten Räumen - da waren auch etliche mit beteiligt.

Jetzt hat sich die LVZ bemüht, das alles irgendwie auf einen Begriff zu bekommen. Herausgekommen ist die aufschlussreiche Feststellung eines Widerspruchs zwischen Wollen und Können. Das es auch anders geht, wurde am Montag darauf bescheinigt: In den Kunstsammlungen Chemnitz hat die dortige Direktorin mit vielen sehr verschiedenen Ausstellungen offensichtlich das, was ihr Leipziger ‚Kollege‘ nicht hinkriegt: Erfolg!

Beides sind Wessis. Es geht nicht um Ossi, Wessi oder Wossi. Aber warum müssen in so gut wie allen leitenden Stellungen (sogar als

Chef des stadsgeschichtlichen Museums) Menschen arbeiten, die nicht von hier sind. Es gibt - zweifelsohne - Glücksfälle. Aber wie viele können allein schon auf Grund ihres Lebensweges gar nicht wissen, nicht verstehen, nicht empfinden, was hier warum wie geworden ist. Zu oft werden bemerkenswerte ‚Abfindungen‘ an schnell abtauchende Geschäfts(ver)führer aus partei- und klientelnahen Kreisen gezahlt, als dass da keine Fragen bleiben. Und wie oft entsteht der Eindruck, dass der ‚Import‘ hier ist, weil die oder der bei sich zuhause keinen Fuß auf die Stufen der Karriereleiter gekriegt hat. *J.M.*

Das Zeitalter der Skandale IV:

Sparkasse - Landeskasse - wer macht Kasse und wer zahlt drauf?

Weiland rühmte ein nach Sachsen eingereister Ökonomieprofessor die „intelligente“ Finanzpolitik seines Finanzministers und seiner Landesbank. Nachdem er sich zurückzog und der Finanzminister seinen Platz einnahm platzte die von beiden mit Lust und großen Worten (alle Papiere hatten doch angeblich ein Top-Rating) gefeierte Spekulationsblase. Die Sächsische Landesbank machte nicht nur Miese - sie ist bankrott und musste im Schnellverfahren verkauft werden. Im Mediengetöse um dieses Ereignis ist untergegangen, dass sich die sächsischen Kommunen infolge der ausbleibenden Millionen aus der Landeskasse künftig auf noch größere Finanzlöcher einstellen müssen. Aber das ist längst nicht alles: Die Stützungszahlungen aus den sächsischen Sparkassen sind

futsch und damit ist es nicht getan: Die Sparkassen haben ihren Mitarbeitern mitgeteilt, dass kräftig rationalisiert werden muss. Etliche (zunächst war da die Rede von 250) werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Und das reicht immer noch nicht. Da ist von neuen Fusionsprozessen die Rede. 2010 soll es nur noch 40 bis 42 Sparkassen geben. Was wird wohl passieren, wenn deren Geschäftsführer dann auch als Globalplayer ins internationale Wertpapiergeschäft einsteigen? Wie viel bleibt da noch für die regionalen Geschäfte? Und wie hoch werden wohl die Abfindungen dieses mal ausfallen, wenn die nächste Pleite kommt? Wetten, dass dann die Zinsen der Sparer fallen und die Gebühren kräftig steigen müssen???

O.V.

LESERBRIEFE

zu: Bei den Prozenten lässt die GDL..., Unsere Zeit v. 26.10.07

Schade, dass die UZ (ihr Autor W.T.) so wenig Kontakt zu den Eisenbahnern hat und meint, W. Kinschers Meinung von der GDL gehe völlig konform mit den Auffassungen aller Kollegen. Allerdings hat Kinscher nur zum Ausdruck gebracht, worin die Rückständigkeit einer Berufsgewerkschaft (die GDL versteht sich an ihrer Spitze unbedingt so) besteht. Dass die Unterstützung, die es bislang von der Bevölkerung für die streikenden Eisenbahner (Lokführer sind doch wohl Eisenbahner) gegeben hat, darauf beruht, dass jemand auftritt, der nun mal nicht mehr verzichten will (nach all den Jahren des Verzehrs), wird in meiner Parteizeitung überhaupt nicht erwähnt. Dass mit der Bahn eine Scheidelinie des Großkapitals berührt wird, bleibt unerwähnt. Wenn Kinscher von „sozialistischen Grundsätzen“ spricht, mag er nicht wissen, was das ist. Wenn aber die UZ verschweigt, dass Transnet und die DGB-Gewerkschaften keineswegs nach sozialistischen Grundsätzen (auch nicht nach den Grundsätzen einer Einheitsgewerkschaft) handeln, dann ist das schon bedenklich. Denn für Transnet bedeutet der von Kinscher formulierte „sozialistische Grundsatz“: Für die Eisenbahner kann nur gut sein, was auch für den Bahnvorstand gut ist. Hier wird das Denken einzig mit der Lösung beeinflusst: „Wir wollen das Geld!“. Hier werden sogar Abfragen des Konzerns an Beschäftigte geduldet, die die Tarifautonomie (das ist die Rolle der Gewerkschaften) völlig negieren. Ich erwarte von der UZ, dass sie die Peinlichkeit ihres früheren Satzes wie-

der gut macht, wonach Insider daran zweifeln, dass die GDL überhaupt streiken könne. Ich erwarte von der UZ, dass sie mit wirklichen Eisenbahnern spricht und sich nicht an der Ächtung des Fahrpersonals beteiligt. Ich erwarte schließlich von der UZ, dass sie tatsächlich kritisch ist und den Hebel endlich bei der Transnet ansetzt und bei der GDL die Mitgliedschaft und die Leitungspyramide differenziert. Ansonsten stehen die Verhältnisse auf dem Kopf und man könnte denken, die DKP sitzt im Vorstand des DGB.

H.M.

Rutscht die SPD nach links?

Wahlen stehen an. Im Streit um Posten und Pöstchen machen sich Sorgen breit: Die einen wollen Regierung bleiben - andere wollen Minister werden. Beide versprechen: Mehr Gerechtigkeit, bloß Kosten soll's nichts, „die Wirtschaft“ darf nicht enttäuscht werden, sonst gehen die möglicherweise dorthin, wo sie noch weniger Steuern zahlen und noch mehr Kohle abfassen. Was die beiden wirklich tun, wenn sie Minister werden oder bleiben? Münzfeuerung, der Mann, der der CDU seine Regierungsfähigkeit demonstriert hatte sich seinerzeit darüber aufgeregt, dass es Leute gab, die seine Wahlversprechen ernst genommen haben. Frage: Was ist, was bleibt von „Gerechtigkeit“, wenn die einen und die anderen beweisen wollen, dass sie im realen Kapitalismus angekommen sind?

U.O.

Termine der DKP-Gruppe Leipzig

Sonnabend, den 10.11.2007 - 10.00 Uhr
Bürgerzentrum Messesmagistrale
Gemeinsame Veranstaltung von DKP, ISOR, KPF, Rotfuchs und Marxistischem Forum
Vortrag zum 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
Referent: Prof. Dr. Götz Dieckmann

Dienstag, den 13.11. - 18.00 Uhr
Veranstaltung im Büro Georg Schumann Str. 112
Buchlesung: Die DDR war meine Heimat

Donnerstag den 15.11. - 18.00 Uhr
Veranstaltung im Büro Georg Schumann Str. 112
15.11. Diskussion zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution

Dienstag, den 5.12. 18.00 Uhr
Liebknecht-Haus / Braustraße
Abschlussveranstaltung von Rotfuchs und Marxistischem Forum Leipzig

Montag, den 17.12.2007 - 18.00 Uhr
Liebknecht-Haus / Braustraße
Öffentliche Mitgliederversammlung und Jahresabschluss
Zur Lage der Lohnabhängig Arbeitenden in Leipzig
Referent: Klaus Hesse

Ab Januar 2008 werden monatlich jeweils am 3. Dienstag in der Zeit von 16-19.00 Uhr im Liebknecht-Haus / Braustraße öffentliche Sprechstunden der DKP stattfinden.

**Vorstand und Redaktion
wünschen allen
Leserinnen und Lesern
frohe Weihnachten
und ein gesundes
neues Jahr 2008**

IMPRESSUM:

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig,
PF 301 274, 04252 Leipzig
e-Mail: dkp-leipzig@gmx.de

Redaktion: Klaus Hesse (V.i.S.P.),
Gestaltung: Hans-Jürgen Berg,
e-Mail: bergjpr1@gmx.de
Druck: Osiris-Druck Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor. Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Februar 2008.

**junge Welt -
Die Tageszeitung**
Tel. 030/53635580

**Unsere Zeit
Sozialistische Wochenzeitung der
DKP**
ISSN 0943-4216